

Viele einfache Mieterinnen und Mieter sind die Opfer staatlicher und privater Investorenpolitik:

## **Plumpe Ablenkungsmanöver**

**Die unerträglichen Massenkündigungen an der Feldbergstrasse treffen grossmehrheitlich ganz gewöhnliche Mietparteien mit kleinem Einkommen oder AHV-/IV-Rente. Das Ablenkungsmanöver von FDP- und Investorensseite ist eher plump. Der MV Basel fordert weiterhin, dass Kanton und Privatinvestoren wie die Yakins ihre soziale Verantwortung wahrnehmen und die ungehörigen Massenkündigungen sofort zurücknehmen.**

Dass der vom Mieterinnen- und Mieterverband Basel (MV Basel) bekannt gemachte Schacher um die Liegenschaften an der Feldbergstrasse zu politischen Debatten führt, ist an sich erwünscht. Der MV Basel hält aber fest, dass im Zentrum allen Bemühens die Sorge um unge-rechtfertigte Massenkündigungen stehen muss.

### Ganz durchschnittliche Mieterinnen und Mieter

An der Feldbergstrasse wurden ganz durchschnittliche Mieterinnen und Mieter erst durch eine staatliche und einen Monat später durch eine private Investorenstrategie in ihrer Wohnsituation getroffen und sollen nun auf die Strasse gestellt werden. Darunter befinden sich einfache Rentnerinnen und Rentner ebenso wie Angestellte von Grossverteilern und Fastfood-Ketten, Köche und ehemalige "gewöhnliche" Staatsangestellte. In all den Jahren und Jahrzehnten, in denen die vielen langjährigen Mietparteien schon drin wohnen, ist kaum Nennenswertes investiert worden. Die Quadratmetermiete hängt sehr stark ab von Alter, Ausbaustandard, Sanierungsstand, Unterhaltsqualität und Lage ab. Die Gebäude sind 37 Jahre alt, der Unterhalt war nur geringfügig erbracht, und bei der Wohnlage ist die Nähe zu einer der lärmigsten Durchfahrtsstrassen mit zu berücksichtigen. In diesem Sinne können die Mietzinse nicht als zu tief bezeichnet werden. Die Rechnung von Seiten der Investoren ist daher schlicht unkorrekt.

### Umgehung des Mietrechts?

Die Massenkündigungen von Stamm & Co AG und den Yakin-Brüdern sind ein einfaches Mittel, um mietrechtliche Schutzbestimmungen zu umgehen. Es werden so höhere Mietzinse durchgesetzt, als sie nach den Regeln des Mietrechts von den gegenwärtigen Mieterinnen und Mieter gefordert werden könnten. Dies gilt umso mehr, als es sich um langjährige Mietverhältnisse handelt und als in der Vergangenheit nur wenig in die Wohnhäuser investiert wurde. Es steht in diesem Zusammenhang den Investorenvertretern in und ausserhalb des Parlaments schlecht an, eine solche Mietzinstreiberei zu stützen.

### Yakin & Co.: Soziale Verantwortung übernehmen, Kündigungen zurückziehen!

Es ist mit aller Klarheit darauf zu verweisen, dass hier grossmehrheitlich ältere, nicht begüterte Personen betroffen sind. Weder die staatliche Liegenschaftsverwaltung ZLV noch die privaten Investoren sind bisher ihren sozialen Verpflichtungen auch nur einigermaßen nachgekommen. Es ist mit Vehemenz zu fordern, dass Yakin & Co. die Massenkündigungen zurückziehen und die geltenden Mietverträge fortführen. Mietparteien sind keine privaten Profitzentren.